



# Rumdoktern am Gesundheitswesen

Bei CDU/CSU und FDP krankt es am gesundheitspolitischen Sachverstand

**D**ie schwarz-gelbe Bundesregierung und allen voran Gesundheitsminister Rösler (FDP) stoßen mit ihren Vorschlägen für eine Reform des Gesundheitssystems Millionen gesetzlich Krankenversicherten vor den Kopf. Statt die Vorschläge der SPD zu prüfen, doktern CDU/CSU und FDP konzeptlos am Gesundheitswesen rum.

Durch die monatelange Untätigkeit der schwarz-gelben Koalition wird das Defizit der gesetzlichen Krankenversicherung im kommenden Jahr auf elf bis 15 Milliarden Euro steigen. Die Ausgaben steigen schneller als die Einnahmen. Daran ist nicht nur die Krise schuld. Gesundheitsminister Rösler möchte allerdings nicht ran an die Ausgabenseite. Anstatt die Ausgaben im Arzneimittelbereich zu senken, verkündete er seine Pläne für eine Kopfpauschale im Gesundheitssystem. Das kommt die Versicherten doppelt teuer zu stehen. Während zu Zeiten der großen Koalition kaum eine Kasse Zusatzbeiträge erheben musste, haben in diesem Jahr etliche Kassen Zusatzbeiträge eingeführt. Jetzt will die Koalition nicht nur die Beiträge paritätisch um 0,6 Beitragssatzpunkte erhöhen, sondern diskutiert auch die Anhebung der Begrenzung der Zusatzbeiträge.

Versprochen waren: das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge, eine Kopfpauschale mit automatischem Sozialausgleich und bei den Zusatzbeiträgen die Beibehaltung der Ein-Prozent-Grenze, welche die SPD in der großen Koalition durchgesetzt hatte. Nichts davon wurde eingehalten. Die jetzige Einigung innerhalb der Koalition ist eine gesundheits-

dämmen, wird schlicht ignoriert. Die Verbreiterung der Beitragsbasis durch die Einbeziehung der höheren Einkommen, der sonstigen Einkünfte und einen Einnahmeausgleich zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung lehnen CDU/CSU und FDP ab. Sie bleiben bei ihrer Klientelpolitik für Besserverdienende.



**Der Bundesgesundheitsminister sorgt mit seiner Reform für Kopfschmerzen.**

politische Katastrophe. Anstatt an die eigentlichen Ursachen der Einnahmeschwäche der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ranzugehen, bastelt Schwarz-Gelb ohne Plan und Ziel am Gesundheitswesen rum. Das Arzneimittelpaket ist nicht mehr als ein Placebo.

Die Notwendigkeit, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen und den Niedriglohnsektor einzu-

Notwendige Strukturreformen wie zum Beispiel die hausarztzentrierte Versorgung, eine integrierte Versorgung und Versorgungsplanung, die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in der Fläche, die Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung, faire Arzneimittelpreise und so weiter werden nicht angegangen. Dabei wäre es höchste Zeit! *Manfred Nink*

# 2 | Die Bundespolitik

## Alle Angaben ohne Gewähr? Oder: Wie

Heute hü und morgen hott - Eine Bilanz

Nach der parlamentarischen Sommerpause wird Deutschland ein Jahr nicht regiert. Seit 270 Tagen streitet die Regierung. Das sind die längsten Koalitionsverhandlungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Es gibt eine Rekordzahl von Kommissionen, in denen politische Entscheidungen auf die lange Bank geschoben werden. Das Kabinett ist eine Nichtregierungsorganisation von Show- und Ankündigungsministern sowie Ausweichkünstlern. Die Kanzlerin, die sich als schwäbische Hausfrau anpries, hat jetzt den Titel der Schuldenkönigin von Helmut Kohl übernommen, denn noch nie hatte die Bundesrepublik eine höhere Neuverschuldung. Aber vor allem: Schwarz-Gelb ist die Koalition des politischen Betrugs, denn noch nie wurden Versprechen so unbekümmert in Serie gebrochen. Auf dieser Doppelseite gibt es eine bei weitem nicht vollständige Übersicht.

### Netto-Lüge und Steuern

**VERSprochen:** Im Koalitionsvertrag auf Seite 10 wird „...eine steuerliche Entlastung insbesondere für die unteren und mittleren Einkommensbereiche sowie für die Familien mit Kindern in einem Gesamtvolumen von 24 Milliarden Euro (volle Jahreswirkung) im Laufe der Legislaturperiode...“ angekündigt.

**GEBROCHEN:** Die schwarz-gelbe Koalition musste ihre Steuerentlastungsversprechen nach dem ersten halben Regierungsjahr zurücknehmen. CDU/CSU und FDP haben den Leuten falsche Hoffnungen gemacht. Durch steigende Gebühren für Kinderbetreuung, Wasser oder Müllentsorgung in den Kommunen, aber auch durch steigende Abgaben für gesetzlich Krankenversicherte - darunter Millionen Rentner - steht am Ende das Gegenteil des Versprochenen: Weniger Netto vom Brutto.

**VERSprochen:** Das Steuersystem sollte „einfach, niedrig und gerecht“ sein. Der Kampf gegen Steuerhinterziehung sollte vorangetrieben werden.

**GEBROCHEN:** Die schwarz-gelbe Steuerpolitik entlastet Unternehmen, Bezieher hoher Einkommen und reiche Erben. Die Einführung eines Umsatzsteuerprivilegs für Hotels, die Rücknahme wichtiger Gegenfinanzierungsmaßnahmen der Unternehmenssteuerreform 2008 und die verfassungsrechtlich unzulässige Erweiterung der steuerlichen Verschonung von Betriebsvermögen bei der Erbschaftssteuer zeigen: Schwarz-Gelb betreibt Klientelpolitik bis an den Rand des Verfassungsbruchs.

Das von der Großen Koalition beschlossene Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz wird von Schwarz-Gelb nicht umgesetzt.

### VERSprochen



CDU/CSU und FDP waren als Wunschkoalition sprechen war bereits früh abzusehen, dass sie Koalition möglichst schnell und leise versanden zu

### Bildung

**VERSprochen:** Die Bildungsministerin Annette Schavan kündigte im Dezember 2009 an, bis zur Sommerpause 2010 einen Gesetzentwurf einzubringen, der klare Rechtsansprüche auf ein Verfahren zur Anerkennung im Ausland erworbener Bildungsabschlüsse von Migranten sowie auf geförderte Nachqualifizierung schaffen sollte.

**GEBROCHEN:** Die Sommerpause ist da - der Gesetzentwurf nicht.

# CDU/CSU und FDP die Bürger betrügen

## gebrochener schwarz-gelber Versprechen

### GEBROCHEN

### Umwelt und Verkehr

**VERSprochen:** Schwarz-Gelb versprach den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien und den Ausbau der Technologieführerschaft (Koalitionsvertrag S. 27).

**GEBROCHEN:** Die Absenkung der Solarvergütung zum 1. Juli 2010 schadet der Branche, die intensiv in Forschung und Entwicklung investieren muss. Der Förderstopp von Anlagen auf Ackerflächen bedeutet für den Ausbau der Erneuerbaren Energien ein Hemmnis und ein Eingriff in die Planungshoheit der Kommunen. Durch die geplante Atom-Laufzeitverlängerung wird der Ausbau zusätzlich behindert.

**VERSprochen:** Im Koalitionsvertrag (Seite 42) steht: „Wir werden die Städtebauförderung als gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen auf bisherigem Niveau, aber flexibler fortführen.“

**GEBROCHEN:** Städtebauinvestitionen - Stadtbau, Stadtentwicklung, Soziale Stadt - werden halbiert. Bei Baugewerbe und Handwerk bleiben die Aufträge aus, sie fürchten bedrohliche Umsatzverluste.

**VERSprochen:** Verkehrsminister Ramsauer will zusätzliche Lärmschutzwände bauen lassen. Für den Lärmschutz verweist er auf die Anstrengungen im aktuellen Haushalt in Höhe von 50 Millionen Euro und kündigt einen Bedarf im gesamten Bundesgebiet von 1,5 Milliarden Euro an.

**GEBROCHEN:** Es ist eine einfache Rechenaufgabe. 1,5 Milliarden Euro Bedarf, 50 Millionen Euro jährlich - in wie vielen Jahren wäre der Bedarf erfüllt? Peter Ramsauer (CSU) braucht 300 Jahre, um den Lärm in den Griff zu bekommen. Er will die Bürger für dumm verkaufen!

mit großen Zielen gestartet. Bei vielen Versprechen nicht eingehalten werden. Andere versucht die lassen.

### Vermittlung von Arbeit

**VERSprochen:** Alleinerziehende, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer sollen zügiger und besser vermittelt werden, so Arbeitsministerin von der Leyen im Frühjahr.

**GEBROCHEN:** Mit dem Sparpaket der Bundesregierung werden die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik massiv gekürzt. Fachleute warnen bereits davor, dass im kommenden Jahr die Arbeitsförderung lahmgelegt werden könnte. Viele Pflichtleistungen sollen in Ermessensleistungen umgewandelt werden. Davon sind insbesondere auch die genannten Gruppen betroffen, z.B. beim nachträglichen Erwerb eines Hauptschulabschlusses.



Die Bundesregierung kürzt massiv die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik. | Foto: www.arbeitsagentur.de

# 4 | Aus Partei und Fraktion

## Die Bundesversammlung



Manfred Nink und die Vorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD Hannelore Kraft nach der SPD-Fraktionssitzung bei der Bundesversammlung am 30. Juni 2010.

### *Liebe Freundinnen und Freunde!*

Das war spannend! Viele von Euch werden die Wahl des Bundespräsidenten am Fernsehen verfolgt haben. Für mich war es ein sehr interessanter und in vielerlei Hinsicht überraschender Tag. Wer hätte darauf wetten wollen, dass Joachim Gauck als Vorschlag von SPD und Grünen so überzeugende Ergebnisse in drei Wahlgängen einfährt? Mir hat dieser Tag gezeigt, dass die Bundesversammlung als demokratische Vertretung bei der Wahl des Bundespräsidenten kein reines Machtvehikel bzw. eine Abnickrunde der Parteien ist.

Ich mache kein Geheimnis daraus, dass ich für den parteilosen Joachim Gauck gestimmt habe. Er überzeugt mit seinem Verständnis von und seiner Leidenschaft für Demokratie und Freiheit. Ich hoffe,

dass er sich auch ohne das Amt des Bundespräsidenten weiter in politische Debatten einmischt. Viele seiner Reden haben die Menschen im ganzen Land bewegt. Das hat die überwältigende Zustimmung, die er in den letzten Wochen erfahren hat, bewiesen.

Der neue Bundespräsident Christian Wulff muss nun zeigen, dass er die Parteibrille recht schnell ablegen kann und sich im Sinne aller Menschen in Deutschland für das Allgemeinwohl einsetzt, auch wenn er damit vielleicht die CDU-Parteivorsitzende und Kanzlerin ärgern muss. Ich wünsche ihm dafür viel Erfolg und alles Gute.

*Herzlichst,  
Euer*

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Manfred'.

### Seit dem letzten Spreebrief

#### 27. Juni bis 4. Juli

Gespräch mit Bahn-Vorstand Dr. Rüdiger Grube, Runder Tisch mit den Betriebsräten aus den US-Standorten in RLP, Bundesversammlung mit der Wahl des Bundespräsidenten, Sitzungen des Bundestages, Verleihung der „Blauen Flagge“ an WSC Konz und WSC Saarburg in Konz

#### 5. bis 11. Juli

Gespräch mit dem Leiter des ACE-Verbindungsbüros in Berlin, Wanderung der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion, Sitzungen des Bundestages - u.a. Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, Unterausschuss Regionale Wirtschaftspolitik, Arbeitskreis Europa, Besuch einer Jugendgruppe der VG Schweich in Berlin, Besuch der Antikenfestspiele in Trier

#### 12. bis 18. Juli

Fortbildung in Berlin, Weinhöfefest Endersfelder in Mehring, 100 Jahre Feuerwehr Schleich, 50 Jahre Sebastian Schützenbruderschaft Fell

#### Manfred Nink MdB

##### Büro Berlin:

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

##### Büro Trier:

Christophstraße 1  
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

[www.manfred-nink.de](http://www.manfred-nink.de)